



DDR in Los Angeles

Ein charismatischer Enddreißiger leitet das Museum »The Wende«. Seite 3

Foto: dpa/Paul Buck

Enthemmte Welt

Die Frankfurter Buchmesse sucht nach einem Rezept gegen all den Hass. Seite 15

Quittung für Minijobs

Altersarmut bei Frauen hat viel mit deren Chancen im Erwerbsleben zu tun, meint Annelie Buntenbach. Seite 2



Foto: imago/epd/Jürgen Blume

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 24. Oktober 2016

71. Jahrgang/Nr. 249

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Zynismus allerorten

Martin Ling über das fortgesetzte Leiden in Aleppo

Eine verpasste Chance mehr: Die dreitägige, von Russland ausgerufenen Waffenruhe in Aleppo hat zwar weitgehend gehalten, doch genutzt wurde diese Zeit nicht. Nicht mehr als eine Handvoll von Zivilisten vermochte es, den Ostteil der Stadt zu verlassen, und der UNO gelang es nicht, Verletzte und Kranke in Sicherheit zu bringen. Einfach, weil die Konfliktparteien den Hilfsorganisationen keine ausreichenden Sicherheitsgarantien zukommen ließen und diese spätestens nach dem Angriff auf einen Hilfskonvoi Ende September verständlicherweise keine unverantwortbaren Risiken mehr einzugehen bereit sind.

Die Hilfsorganisationen halten sich mit Schuldzuweisungen zurück, müssen sie doch weiterhin mit allen Konfliktparteien die Kooperation suchen. Es liegt allerdings auf der Hand, dass die Verhinderung des Abzugs von Zivilisten, Kranken und Verletzten aus Ostaleppo weit mehr den Interessen der Aufständischen zupass kommt als jenem des Regimes von Assad und des ihm Rückendeckung gebenden Putin. Den Ersteren sind die Zivilisten nützliches Faustpfand, den Letzteren sind sie bei der Rückeroberung von Aleppo im Weg, ohne ein militärisches Hindernis darzustellen. Doch tote Zivilisten lassen sich von Assad nicht propagandistisch nützen.

Seit die Waffenruhe vorbei ist, wird in Aleppo wieder geschossen und bombardiert. Für Zivilisten ist keine Hilfe in Sicht. Assad hält an der Rückeroberung Aleppos fest, koste es, was es wolle, und die Aufständischen treiben den Preis hoch. Zynismus allerorten.

UNTEN LINKS

Es ist schon eine schwierige Angelegenheit, wenn zwei Menschen sich trennen. Nach Jahren voller Streit müssen Hausrat und Kinder aufgeteilt werden, die Großfamilie ist in Mitleidenschaft gezogen, Freundeskreise zerbrechen. Ein Ende mit Schrecken ist nicht vergnügungssteuerepflichtig. Und so wie im ganz normalen Leben ist das auch bei Parteien. Nehmen wir nur die Union. Seit geraumer Zeit ununterbrochenen Zoffs ist nicht mehr zu übersehen, dass sich CDU und CSU auseinandergelebt haben. Jetzt laden sich die beiden Partner schon nicht mal mehr zu gegenseitigen Familienfesten auf Parteitag ein. In der CDU wurmt das den Berliner Kreis, der eigentlich mehr zur CSU tendiert. Bei der CSU trifft das all jene, die lieber eine CDU wählen wollen als die bayerische Staatspartei. Aber das sieht der Ehevertrag der Union nicht vor. Eigentlich höchste Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen. Aber das trauen sich weder Seehofer noch Merkel. So bleibt ihren Parteifreunden nur ein Schrecken ohne Ende. oer

Zivilisten unter Beschuss

In Aleppo wird nach Ablauf der Waffenruhe wieder geschossen und bombardiert



Protest gegen den Bombenkrieg in Syrien vor dem »Normandie«-Gipfel in Berlin am 19. Oktober

Foto: AFP/Steffi Loos

Aleppo. Nur Stunden nach dem Ende einer von Syrien und Russland ausgerufenen Waffenruhe sind die Kämpfe in Aleppo erneut aufgeflammt. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, deren Angaben von unabhängiger Seite schwer zu überprüfen sind, berichtete bereits kurz nach dem Auslaufen der Feuerpause von Luftangriffen und schwerem Artilleriebeschuss. Regimetruppen hätten eine neue Offensive auf den von Rebellen kontrollierten Ostteil der Stadt gestartet, teilten die Beobachter mit. Oppositionskämpfer hätten den von der Regierung kontrollierten Westen der Stadt unter schweren Beschuss genommen.

Die Waffenruhe dauerte von Donnerstag bis Samstagabend (18 Uhr MESZ). Die Gewalt

ging in dieser Zeit nach Aussagen von Beobachtern auch zurück. Dennoch gelang es internationalen Hilfsorganisationen nicht, wie geplant Verletzte und Kranke aus dem belagerten Ostteil Aleppos herauszubringen. Die Sicherheitslage habe dies nicht zugelassen, sagte eine Sprecherin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Schon während der Waffenruhe habe es immer wieder vereinzelt Gefechte gegeben.

Seit Anfang Juli erreichte die Menschen in Aleppo keine Hilfe mehr, die Vorräte reichen der UNO zufolge nur noch wenige Tage. Mangels Sicherheitsgarantien konnte die Waffenpause nicht für Nachschub genutzt werden.

Syrien und sein Verbündeter Russland geraten indes weiter unter Druck der Vereinten

Nationen. Zunächst setzte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eine Kommission ein, um den Angriff auf einen Hilfskonvoi zu untersuchen. Sie soll ihre Arbeit am Montag beginnen und klären, wer für den Luftschlag verantwortlich ist, bei dem im September mehr als 20 Menschen starben. Zudem werfen UN-Ermittler Syriens Präsident Assad in einem Bericht einen erneuten Einsatz von Giftgas vor. Im März 2015 sollen Hubschrauber der Regierung in der Provinz Idlib Fassbomben mit Chlorgas abgeworfen haben. Der Bericht wurde dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt und bestätigte den dritten Einsatz von Chlorgas durch das Regime, sagte die US-amerikanische UN-Botschafterin Samantha Power. Seite 7

Kampfansagen an Flüchtlinge

Drohende Verfolgungsjagd in Calais / Anfeuerungsrufe zum Suizid eines jungen Somaliers in Schmölln

Die Bekämpfung einer vermeintlichen Flüchtlingskrise zeigt sich vielfach als Kampf gegen Flüchtlinge. Er beginnt mit der Flucht und endet selbst nach erfolgreichem Verlauf nicht.

Berlin. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will effektiver gegen Schleuser vorgehen und hierfür mehr verdeckte Ermittler einsetzen. Auf diese Weise könne die Bundespolizei noch wirkungsvoller gegen Schlepperbanden vorgehen, sagte de Maizière der »Bild am Sonntag«. Die Bundespolizei nahm dem Bericht zufolge 2015 insgesamt 3370 Schleuser fest – ein Anstieg um 56,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten Schlepper stammten aus Syrien (390), Rumänien (370) und Ungarn (362).

Der Kampf gegen Schleuser ist zugleich auch ein Kampf gegen Flüchtlinge, denen meist kein Weg als der illegale bleibt. Mit welchen Folgen, zeigte ein Vorfall am Freitag in den Gewässern vor Li-

byen, als die libysche Marine ein Flüchtlingsboot bedrängte. Die Besatzung des zur Rettung erschienenen deutschen Flüchtlingshelferboots »SeaWatch« spricht von einem gewaltsamen Vorgehen der Soldaten, von Knüppelhiebsen und mehreren Toten unter den Flüchtlingen. Die libysche Marine bestreitet dieses Vorgehen inzwischen und verlangt Beweise.

Nicht bestritten werden mehrere andere Todesfälle im Mittelmeer am Wochenende. Unter 14 geborgenen Leichen fand die italienische Küstenwache auch eine schwangere, etwa 25-jährige Frau. Zugleich sprach die Küstenwache von 5700 Geretteten. Rund 460 von ihnen trafen am Sonntag in Neapel ein, weitere 3300 sollten nach Sizilien gebracht werden. Deutsche Marinesoldaten retteten vor Libyen 844 Menschen aus Seenot.

Die Odyssee der Flüchtlinge endet bekanntlich nicht mit dem Überqueren des Mittelmeers. In

Calais, wo offiziell 6500 Menschen seit Monaten unter menschenunwürdigen Verhältnissen in einem Lager auf die Möglichkeit warten, nach Großbritannien zu gelangen, sahen die Bewohner

Die Odyssee der Flüchtlinge endet bekanntlich nicht mit dem Überqueren des Mittelmeers.

ihrer geplanten Räumung an diesem Montag entgegen. Die Spannung stieg in den letzten Stunden, in der Nacht zum Sonntag flogen aus einer Gruppe Steine auf Polizisten, die darauf Tränengas einsetzten. Christian Salomé, Chef der Hilfsorganisation »Auberge des migrants«, sagte, etwa 2000 Flüchtlinge wollten nicht den von der französischen Regierung vorgesehenen Weg gehen. »Einige

werden sich in der Umgebung von Calais verstecken. Es droht dort eine Verfolgungsjagd«, sagte Salomé der Zeitung »Journal de Dimanche«. Die Flüchtlinge sollen auf Lager in ganz Frankreich verteilt werden.

Im thüringischen Schmölln soll ein jugendlicher Flüchtling mit Beifallsrufen zum Suizid angestachelt worden sein. Der junge Somalier hatte sich am Freitagnachmittag aus dem Fenster gestürzt und war später seinen Verletzungen erlegen. Bürgermeister Sven Schrade (SPD) sagte dem MDR, ihm lägen Informationen vor, dass Schaulustige lange zugehört hätten und dabei Rufe wie »Spring doch!« zu hören gewesen seien. Der junge Mann war am selben Tag aus psychiatrischer Behandlung entlassen worden. Der Geschäftsführer des Meuselwitzer Bildungszentrums, das die Einrichtung betreibt, bestätigte die Rufe von Schaulustigen. Die Polizei ermittelt. Agenturen/nd Seiten 4 und 6

Grüne starten Kandidatenwahl

Umweltminister Schleswig-Holsteins warnt vor neuer Steuerdebatte

Hannover. Rund elf Monate vor der Bundestagswahl 2017 haben die Grünen die Kampagne zur Nominierung ihrer Spitzenkandidaten durch die Parteibasis gestartet. Beim ersten Urwahlforum stellten sich am Samstag in Hannover die vier Anwärter für die zwei Posten den Mitgliedern vor. Bewerber sind die beiden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, Parteichef Cem Özdemir und Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck. Göring-Eckardt ist als einzige Frau bereits gesetzt. Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck kritisierte den von der Fraktions Spitze vorgelegten Kompromiss zur Vermögensteuer und warnte davor, die Steuerdebatte auszuwalzen. Das Thema hatte den Grünen im letzten Wahlkampf geschadet.

Laut Geschäftsführer Michael Kellner bringt die Kampagne »Basis ist Boss« der Partei Zuwachs. Seit Anfang des Jahres sei die Zahl der Mitglieder um rund 800 gestiegen und liege jetzt knapp unter 60 000. Kellner schließt daraus: »Die Urwahl wirkt.« dpa/nd

Trump will Frauen verklagen

US-Republikaner legt 100-Tage-Programm für das Weiße Haus vor

Gettysburg. Der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat am Samstag sein Programm für die ersten 100 Tage im Weißen Haus vorgestellt. Im Falle seines Wahlsiegs werde er die Steuern für die Mittelklasse senken, Freihandelsverträge auf den Prüfstand stellen und die Gesundheitsreform von US-Präsident Barack Obama kippen, sagte der Immobilienmogul bei einer Rede in Gettysburg im Bundesstaat Pennsylvania. Das NAFTA-Abkommen mit Mexiko und Kanada wolle er neu verhandeln und das Pazifik-Freihandelsabkommen TPP aufkündigen. Er versprach zudem, innerhalb eines Jahrzehnts 25 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Erneut warf er den Medien vor, sich mit seiner Rivalin Hillary Clinton von den Demokraten verschworen zu haben, um ihn um seinen Wahlsieg zu bringen. Er kündigte an, alle Frauen, die ihm sexuelle Belästigung vorwerfen, nach der Wahl am 8. November verklagen zu wollen, weil sie lügen würden. Agenturen/nd Kommentar Seite 4

PSOE in Spanien knickt ein

Sozialisten zu Tolerierung von Rajoy-Regierung bereit

Madrid. Die monatelange Lähmung der spanischen Politik scheint beendet: Die Sozialisten haben ihren Widerstand gegen eine rechte Minderheitsregierung unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy aufgegeben und damit Neuwahlen abgewendet. Bei einer Abstimmung des PSOE-Bundeskomitees sprachen sich am Sonntag 139 Delegierte für eine Enthaltung bei der Vertrauensabstimmung für Rajoy im Parlament aus. 95 Delegierte lehnten dies ab.

Rajoy, der seit zehn Monaten geschäftsführend im Amt ist, dürfte somit für eine zweite Amtszeit wiedergewählt werden. Seit der Parlamentswahl im Dezember 2015 war in Spanien keine Regierungsmehrheit zustande gekommen. Auch Neuwahlen im Juni änderten an der politischen Lähmung des Landes nichts. Zwar wurde Rajoy's konservative Volkspartei (PP) jeweils stärkste Kraft, sie verfehlte aber eine absolute Mehrheit. Den Konservativen gelang es in den vergangenen Monaten ebenso wenig wie den Sozialisten, ein Regierungsbündnis zu schmieden. AFP/nd

ISSN 0323-3375

